

Ist das noch unsere Polizei?

29.07.2015

Im Polizeijournal 2/2015 der Landespolizei von Mecklenburg-Vorpommern wird im Vorwort die Frage aus der Überschrift aufgeworfen, ausgehend von dem immer einmal wieder gehörten Satz „Das ist nicht mehr meine Polizei!“.

Der **Beitrag** benennt dann einige mögliche Gründe für solche von Frust getragenen Äußerungen, bestimmt ihre Position „zwischen Baum und Borke“ und kommt zum abschließenden Ergebnis. Schon hier fragen wir als Berufsvertretung: Sind

- die finanzielle Ausstattung der Polizei,
- die stete Zunahme des Aufgabenspektrums,
- veränderte Abläufe im Dienstgeschehen,
- die Terrorismusgefahr,
- eine Verrohung der Gesellschaft oder
- scheinbar sinkende Akzeptanz hoheitlicher Maßnahmen

die ausschlaggebenden, tatsächlichen und einzigen Gründe für eine offensichtlich fortschreitende Desillusionierung unserer Beschäftigten? Wir sagen eindeutig NEIN, denn es fehlt so einiges.

Zunächst ist es äußerst anerkennenswert, dass ein offizielles Sprachrohr der Polizei in unserem Bundesland zugibt, Mitarbeiter würden wiederholt an ihrer Organisation zweifeln. Doch die dann aufgeführten Gründe erinnern nur an „erlaubte Kritik“, da die Ursachen sämtlich außerhalb der Polizei liegen, von ihr nicht oder nur gering beeinflussbar sind und deshalb niemand innerhalb der Polizei verantwortlich scheint. Die Beschwerden und Kritiken unserer Beschäftigten legen dagegen eher die inneren Problemfelder als Gründe für Unzufriedenheit und fortschreitende Demotivation offen, wie

- ständige Organisations- und Strukturveränderungen mit einhergehenden Versetzungen/Umsetzungen oder neuen Tätigkeiten,
- tatsächliche oder scheinbare Willkür bei Personalentscheidungen,
- immer wieder fehlende Transparenz bei Entscheidungen, Aufträgen und Weisungen,
- negative Reaktionen auf Kritik gegenüber Vorgesetzten,
- Mobbing und andere persönlichkeitsverletzende Geschehnisse oder
- die Diskrepanz zwischen Dienstposten (Aufgabe) und Planstellen (Bezahlung) und auch daraus folgende geringe Beförderungsmöglichkeiten.

Um nicht missverstanden zu werden sei gesagt, dass die Kritik der Kolleginnen und Kollegen einzelnen Vorfällen, Vorgesetzten oder Beschäftigten gilt, wenn auch mit offensichtlich steigender Tendenz. Um jedoch den Anspruch all unserer Mitarbeiter dahingehend zu erfüllen, sich tatsächlich in ihrer Polizei wohlfühlen zu können, müssen die kritisierten Problemfelder dennoch behoben werden. Insbesondere sollten dafür Personalentscheidungen generell transparent und nachvollziehbar erfolgen, sachliche Kritik darf nicht zu Benachteiligung führen und die Verletzung von Persönlichkeitsrechten darf keinesfalls geduldet werden. Außerdem sollte – wie in einem Unternehmen üblich – jeder Dienstposten der Landespolizei auch mit der entsprechenden Planstelle unterlegt sein, damit der Beschäftigte die Möglichkeit erhält, das tatsächliche Gehalt für seine Tätigkeit zu erhalten.

Sollte es uns gemeinsam gelingen, diese letzteren Probleme als solche zu beseitigen, wird es ein Leichtes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein, mit den im Polizeijournal genannten Schwierigkeiten umzugehen.

Und dann wird (fast) jeder Beschäftigte ehrlich sagen können: „Das ist meine Polizei“.